

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
zu Posen, Saatenleit & Sohn
J. L. Deubel & Co., Frankfurt.

Berantwortlich für den
Inseraten-Teil:
J. Klugkist
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Redaktion
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Prof. Dr. Hohls, Hoffmeierant,
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Gute,
Herr Pekitsch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 119

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, ansonsten am Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Mittwoch, 17. Februar.

1892

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

173. Sitzung vom 16. Februar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Be- rathung des Militäretats.

Es wird die gestern abgebrochene Debatte fortgesetzt über die Resolution auf Revision der Militärstrafprozeßordnung und Erleichterung des Beschwerderechts. Zur Resolution der Kommission (Pflege des religiösen Lebens) liegt noch ein Amendement Richter vor auf Be- seitigung des Duellunwesens.

Abg. Frhr. v. Manteußel (l.): Es ist mir unbegreiflich, wie Abg. Bebel nach seiner gestrigen Rede für die Resolution Buhl-Richter stimmen kann, die doch nach seiner Ansicht nur ein schwächliches Machwerk ist. In seiner gestrigen Rede war nicht eine Spur von einer Begründung dieser Resolution enthalten. Wie können auch die Sozialdemokraten für die Beschwerdepflicht des Soldaten stimmen, da sie doch sonst für den freien Willen des gemeinen Mannes eintreten? (Lachen links.) Abg. Bebel hat in seiner Rede klargestellt, wie er die bestehenden Missstände beseitigen will. Nein, Sie müssen eine eigene Resolution stellen, namentlich nachdem Sie ein eigenes Erziehungssystem für die Jugend vorschlagen. Sie müssen eine Resolution beantragen auf eine Erziehung, durch welche jeder befähigt wird, alle Anforderungen beim Militär zu erfüllen und jedes Amt im sozialdemokratischen Zukunftsstaate auszufüllen; Sie müssen auch Amazonenschulen beantragen (Heiterkeit rechts). Für die Vorzüge des bayrischen Systems ist gestern kein Beweis erbracht worden, namentlich nicht, daß beim öffentlichen Verfahren die Strafen strenger sind als im geheimen. Gerechtigkeit ist der Fall.

Abg. Bebel ist uns den Beweis schuldig geblieben, daß der preußische Adel, aus dem sich vornehmlich unser Offizierkorps rekrutiert, den Geist des Hochmuths gegen den gemeinen Soldaten züchtet. Im Gegenteil, die jungen Offiziere, die auf dem Lande aufgewachsen sind mit den Bauernjüngern, verstecken weit besser mit Ihnen zu verbreiten als Söhne anderer Stände. Der Reichskanzler hat es sehr richtig dargestellt, daß die Quintessenz des jetzigen Kampfes der Kampf gegen das Volkschulgefeck, die Signatur der jetzigen Zeit, ein Kampf des Atheismus gegen das Christenthum ist (Lachen links). Das hat die gestrige Rede Bebels gezeigt. Ein Gegensatz zwischen Christenthum und Bildung besteht nicht; wir bekämpfen nur diejenigen Wissenschaften, die mit der Lehre Christi im Widerspruch stehen (Lachen links). Solange das Christenthum bei uns die Macht hat, wird die Sozialdemokratie keinen Erfolg haben.

In der Militärstrafprozeßordnung erkenne ich einige verbessерungsbedürftige Bestimmungen an; namentlich die Stellung des Auditeurs ist nicht haltbar. Entschieden widersehen müssen wir uns aber allen Bestrebungen, welche die in unserem Militär herrschenden Grundsätze beseitigen oder ändern wollen. Denn durch diese Grundsätze haben wir in den letzten Kriegen gesiegt und die Einheit Deutschlands errungen, die wollen wir nicht preisgeben (Heiterkeit rechts).

Abg. Richter (dfr.): Der Herr Reichskanzler hat gesagt, daß ein gewisses Quantum Parteipolitik unserer Resolution zu Grunde liegt. Er glaubte dies folgern zu können daraus, daß dieser Antrag weit schroffer gefaßt sei als ein Antrag Marquardsen, der vor 3 Monaten hier eingereicht worden ist. Obwohl sich diese Vorwürfe zunächst an die Adresse der Nationalliberalen richten, so halte ich mich doch für verpflichtet, als Antragsteller dem entgegenzutreten. Die Ansicht des Reichskanzlers beruht auf einer ganz mißverständlichen Auffassung des Textes des Antrages. Der Reichskanzler stützt seine Ansicht darauf, daß nicht die frühere Bechränkung der Offenheit des Verfahrens bei besonderen militärdienstlichen Interessen eingefügt ist. Dafür aber findet sich in dem neuen Antrage der Satz: Offenheit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens, wie sie sich im Königreich Bayern bewährt hat. Es wird also Bezug genommen auf Bayern und in der bayrischen Strafprozeßordnung heißt es, daß da, wo besondere militärdienstliche Interessen in Frage kommen, Ausnahmen bezüglich der Offenheit Platz greifen. Wir haben also durch diese allgemeine Bezugnahme auf das bayrische Recht auch den Satz betont, der sich in dem früheren Antrage befindet. Uebrigens hatte Herr Casselmann ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß auch nach dem bayrischen Recht Ausnahmen im militärdienstlichen Interesse stattfinden können. Der Herr Reichskanzler hat gegenüber der gemäßigten sachlichen Begründung der Resolution seitens des Herrn Casselmann gar keinen Grund gehabt, von Pareleintheit zu sprechen; es sei denn, daß er wieder einmal das Geheimnis der großen liberalen Partei im Hintergrunde der parlamentarischen Bühne wahrzunehmen glaubte. (Heiterkeit.)

Der Herr Reichskanzler glaubte in seinen Ausführungen über Parteipolitik und Parteiabsicht auch eine Warnung anknüpfen zu müssen, nicht durch die Art der Behandlung dieser Frage dem Sozialismus Vorwurf zu leisten, nicht zu sagen, wo dieser demnächst erneut. Meines Erachtens ist diese Warnung nirgends weniger angebracht als hier. Woraus zieht der Sozialismus die Hauptquelle für seine Agitation? Einmal, indem er die Vorstellung zu erwecken sucht, daß eine sozialdemokratische Weltordnung ganz vorzügliche Einrichtungen haben und die Erde zum Paradies machen werde. (Heiterkeit.) Diese Seite der Agitation lassen die Herren dagegen mehr zurücktreten, um desto greller die Gegenseite zu schildern, die in der gegenwärtigen Staats- und Gesellschafts-Ordnung hervortreten. Dabei erweisen sie den Glauben, daß eine Abhilfe überhaupt anders möglich sei als durch Herstellung eines sozialistischen Staates. Wenn wir uns nun gegen Mißstände, die in der Offenheit hervortreten, lau und gleichgültig verhalten wollten, so würden wir gerade der sozialdemokratischen Agitation Vorwurf leisten (sehr wahr! links). Wir haben gerade die Verpflichtung, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie den Beweis zu führen, daß auch auf Grund der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung Einrichtungen möglich sind, diese Mißstände einzustränen und

zu beseitigen, soweit man überhaupt auf dieser unvollkommenen Welt Mißstände beseitigen kann. Indem wir solche positiven Einrichtungen nach zwei Richtungen in unserem Antrage vorschlagen, weisen wir gerade in der Offenheit darauf hin, daß es Mittel gibt, um im Rahmen der geltenden Ordnung manche Mißstände zu beseitigen. Würden wir anders verfahren, würden wir uns gleichgültig oder so lau uns verhalten, wie es gewünscht zu sein scheint, so würden wir in der Meinung große Kreise der Bevölkerung die Vorstellung beginnen, als ob auch nur eine Abhilfe der Mißstände in der jetzigen Gesellschaftsordnung mit Hilfe der Sozialdemokratie zu finden sei, große Kreise der Bevölkerung würden der Sozialdemokratie zugedrängt, die mit der Endabsicht derselben garnichts gemein haben. Wir sind deshalb niemals weniger dabei, die sozialdemokratische Agitation zu unterstützen, als wenn wir in dieser Weise hier die Mißstände durch Verbesserung der positiven Einrichtungen zu beseitigen suchen. Wir gehen, ganz abgesehen von der Sozialdemokratie, unseren Weg gerade so, wie wir sind der Meinung, daß wir das, was wir im Staatswesen für richtig halten, zur Ausführung bringen müssen, unabhängig davon, ob und wie die Sozialdemokratie es etwa ausnutzen kann, und wir sind andererseits der Meinung, daß wir nicht etwas thun dürfen, was wir sonst nicht thun würden, nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Wir theilen allerdings nicht diese Furcht vor der Sozialdemokratie, welche, wie neulich Herr Haupmann mit Recht bemerkte, wieder in gewissen Regionen in starkem Maße zu graffieren anfängt und in der Rede von Herrn v. Manteußel wieder zum deutlichen Ausdruck kommt.

Der Reichskanzler sprach dann von einem Misstrauen, das durch die Behandlung dieser Fragen im Parlament und in der Presse hervorgerufen werden könnte. Von einem Misstrauen gegen leitende Personen in maßgebenden Stellungen kann bei dieser Frage nicht die Rede sein. Der nächste Anlaß zu dieser Erörterung, der Erlaß des Prinzen Georg, kann doch eher Veranlassung geben zu einem Misstrauensvolum als zu einem Misstrauensvolum. Wir sind der Meinung, daß man von maßgebender Stelle aus die Mißstände ernstlich zu beseitigen trachtet. Wenn das nicht gelingt, so schließen wir die Schuld nicht auf die Personen, sondern auf die Einrichtungen, die den Willen der Personen paralysieren. Wir sind also weit eher in der Lage, gerade bei dieser Frage von jedem verständlichen Misstrauen abzusehen und uns sächlich mit den Einrichtungen zu beschäftigen. Das Misstrauen der Soldaten gegen die Vorgesetzten wird nicht erst hervorgerufen durch diese Erörterungen in der Presse, sondern entsteht unmittelbar durch die Vorkommnisse in der Kaiserwehr und durch die Art und Weise, wie dieselben verfolgt werden.

Es zeigt sich das in den Briefen, welche die Soldaten an die Angehörigen schreiben und deren Inhalt in weitere Kreise gelangt. Wie können durch die Erörterung der Frage nicht bewirken, daß das Misstrauen schwindet gegen einzelne Personen; aber die Verhandlungen sind geeignet zu verhindern, daß dieses Misstrauen gegen einzelne Personen sich ausbildet zu einem Misstrauen gegen die Armee selbst, gegen ihre Einrichtungen und zuletzt gegen die staatliche Ordnung überhaupt. Deswegen wollen wir, indem wir Einrichtungen zur Verminderung der Exzesse verlangen, tatsächlich das Vertrauen zur Armee und zum Staatswesen zu festigen.

Es fällt mir durchaus nicht bei, alles zu billigen, was in der Presse steht. Ich bin dagegen, daß in der Presse Betrachtungen angeknüpft werden, ob dieser oder jener General abgehen würde. Aber diese Erörterungen finden gerade in den Blättern statt, welche vorzugsweise in der Armee gelesen werden, in Kreisen, die am Avancement ein Interesse haben. Im Großen und Ganzen muß ich die Presse gegen die Anschuldigungen des Reichskanzlers verwahren. Die Presse ist doch nichts weiter als der Spiegel der öffentlichen Meinung. (Widerspruch rechts.) Wenn nun dem Herrn Reichskanzler der Spiegel nicht gefällt oder weniger gefällt als im Anfang seiner Regierung, so möge er erwägen, ob er nicht persönlich reizbar geworden ist gegenüber Neuerungen der Presse, oder ob es nicht daher kommt, daß seine letzten Regierungsmäßigkeiten sich nicht mehr des allgemeinen Beifalls erfreuen. (Schr. richtig! links.) Die Aufgabe der Presse ist bei der Erörterung solcher Mißhandlungsfälle eine überaus schwierige. Die Reaktionen gehen sehr ungern daran, solche Fälle zur Sprache zu bringen. Wenn das gleichwohl geschieht, — ich halte es für die Verpflichtung der Presse, so ist es deshalb, weil uns die Offenheit im Strafverfahren fehlt und die Presse gewissemaßen ein Surrogat für diese Offenheit bildet.

Wir wünschen nicht bloß, wie der Reichskanzler meint, eine Änderung des Reglements, wir dachten an eine Änderung der Bestimmungen über das Verfahren überhaupt. Wir meinen, daß zu wenig Sorge dafür getragen ist, daß die Soldaten überhaupt Kenntnis von ihrem Beschwerderecht erhalten. Die jetzige Art, wie diese Mitteilung gemacht wird, ist so mangelhaft, daß dem Sozialen kaum etwas anderes verbleibt als der allgemeine Eindruck, daß wenn er eine Beschwerde macht, sich ihm nur eine neue Quelle von Nachteilen und Gefahren eröffnet. Wir statuieren eine Anzeigepflicht. Das ist keineswegs eine Beschränkung des freien Willens des Soldaten. Der freie Wille ist überall da am Platze, wo es sich nur um die Wahrnehmung von Privatinteressen handelt; hier ist aber nicht bloß die Frage, ob der einzelne Soldat sich etwas will gefallen lassen oder nicht, sondern die Mißhandlungen zu beseitigen, liegt im allgemeinen Interesse auch der Armee. Dann aber ist es nur eine logische Folgerung, daß man auch eine Pflicht einführt. Wie man sie im Einzelnen formulirt, mit welchen Klauseln sie zu versehen ist, um unbegründete Beschwerden fern zu halten, das kann man unmöglich in einer solchen Resolution zum näheren Ausdruck bringen. Das ist nachher Sache der Formulierung, die in diesem Falle ebenso wenig schwierig ist wie in anderen Fällen, wo auch eine Anzeigepflicht neben Strafen möglich ist, diese Mißstände einzustränen und

Die Bemängelung der Adresse, an welche die Resolution gerichtet ist, durch den Reichskanzler trifft nicht unsere Resolution, denn dieser fehlt die Adresse überhaupt. Wir fordern nur den Reichstag auf, eine Erklärung abzugeben, und überlassen es dann den zuständigen Behörden, diese Erklärung zu würdigen. Die Be-

Inserate, die schmalpalierte Petitionen oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., an der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an der entsprechenden Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagauflage bis 8 Uhr vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen zu Posen, Saatenleit & Sohn J. L. Deubel & Co., Frankfurt.

Berantwortlich für den Inseraten-Teil:
J. Klugkist
in Posen.

mängelung des Reichskanzlers richtet sich nur gegen die Resolution der Kommission, und ich muß es den Herren, die diese Resolution in den Reichstag gebracht haben, überlassen, sich dagegen zu vertheidigen. Ich bin allerdings der Ansicht, daß in Bezug auf das Beschwerderecht nicht die verbündeten Regierungen, sondern der Kaiser, bzw. der verantwortliche Staatsmann, der Reichskanzler, die richtige Adresse ist.

Wenn man über die Reform der Militärstrafprozeßordnung den Reichskanzler allein hätte reden hören und nicht den Anlaß gekannt hätte, gegen welchen sich diese Rede wandte, so würde man zu ganz wunderbaren Vorstellungen kommen, so könnte man meinen, als ob dieser zweite Theil der Resolution nichts anderes wäre als ein abtraktives Excerpt aus einem juristischen theoretischen Lehrbuch. In Wirklichkeit verlangen wir aber nur, daß das geltende bayerische Recht zum allgemeinen deutschen Rechte erhoben wird. Alles, was der Herr Reichskanzler dagegen ausführt, müßte also auf das bayerische Recht auftreffen. Ist es denn wahr in Bezug auf das bayerische Recht, daß es dem Zivilstrafverfahren gleich ist, daß es die Disziplin unterdrückt, daß die bayerischen Militärs kein Gefühl haben für die Impudentien, und daß in Bayern nur die Juristen daran Freude haben? Gerade das Gegenteil ist der Fall. Auf dem bayerischen Verhau stehen nicht bloß die Juristen, sondern alle bayerischen Militärs bis zum höchsten General hinauf. Alle diese Kreise sind einverstanden damit, daß sie das bayerische Recht beibehalten wollen, und halten es für nichts weniger, als die Ausgeburt eines einseitigen Juristenthums. Der Reichskanzler meinte, man müsse die Zustände im Frieden schon so einrichten, daß der Übergang zum Kriege kein zu großer sei. Alles hat aber doch seine Grenzen. Man läßt doch nicht im Manöver die Truppen gegenseitig auf einander scharf schießen. (Heiterkeit.) So muß man auch auf anderen Gebieten auf die Friedensverhältnisse einige Rücksicht nehmen.

Der Reichskanzler sprach von den Ansichten der Armee. Was heißt das denn eigentlich? Das sind doch nur Ansichten der Verwaltungsoffiziere, und nicht einmal dieser, sondern der höchsten Offiziere der maßgebenden Stellen. Auch in dieser Hinsicht sind die Ansichten der Armee leicht wandelbar, wenn sich die Ansichten an den maßgebenden Stellen ändern. Der Reichskanzler selbst hat sich zwar formell auf einen gewissermaßen unparteiischen Standpunkt gestellt, aber in seinen Ausführungen hat er da nur Lob gehabt für das preußische Verfahren und seine einzige Anerkennung für das abweichende bayerische Verfahren. Der Reichskanzler hat uns zugleich mitgetheilt, daß die so immandirenden Generale aufgesordert wurden, ihre Gutachten abzugeben. Wir sind ja geneigt, zu warten, bis die Gutachten eingehen. Aber wenn die Sache so liegt, dann wäre es doch besser gewesen, wenn der Reichskanzler mit seinem selbstständigen Urtheil zurückgehalten hätte. Denn die Generale kommen in eine peinliche Lage, wenn sie zu einer entgegengesetzten Ansicht gelangen sollten, als der Reichskanzler sie hat.

Die Beunruhigung, welche durch den Kölner Fall entstand, fertigte der Herr Reichskanzler einfach mit den Worten ab: ja, wer kann denn für alle Lügen in der Presse! Nun, in dem Zivilverfahren ist es gar nicht möglich, daß irgend welche falsche Nachrichten in der Presse darüber gelangen, ob jemand zum Tode verurtheilt ist oder nicht; ja, selbst eine Hinrichtung erfolgt nicht ohne daß amtlich bekannt gemacht ist, daß sie vollzogen ist. Der Reichskanzler hob hervor, daß ihm nur ein Fall vorgekommen sei, in welchem ein Unschuldiger verurtheilt worden ist, während im Zivilverfahren solche Fälle zahlreich seien. Da käme es aber darauf an, zu untersuchen, ob das Wiederaufnahmeverfahren im Militärstrafverfahren so ausgebildet ist wie im Zivilverfahren, und ferner ob die tatsächlichen Verhältnisse beim Militär so liegen wie beim Zivil. Wir klagen nicht darüber, daß der Thatbestand weniger gut ermittelt wird, sondern daß auf Grund dieses Thatbestandes ein falsches Urtheil gefällt wird.

Es macht ja immer Wirkung, wenn man sagt: wir haben mit diesem alten preußischen Verfahren die großen Kriege geführt, militärische Erfolge erzielt, und das muß uns in der Ansicht bestärken, daß das Verfahren gewisse Vorzüglichkeiten hat. Eine solche Beurteilung auf Kriegserfolge hat aber etwas Mißliches. Den militärischen Erfolgen Friedrich des Großen sind schließlich die Niederlagen bei Jena gefolgt. Die Militärverwaltung läßt doch sonst garnicht den Grundsatz gelten, daß, weil eine Einrichtung zu Zeiten der großen Kriege gegolten hat, sie für alle Zeiten Geltung haben soll. Wir sehen vielmehr, daß auf allen Gebieten der Militärverwaltung ein sehr fortgeschritten, aber kostspielig fortgeschritten Geist herrscht, daß alte Einrichtungen in immer höherem Grade aufgegeben werden. Warum sollen wir denn nun gerade auf diese Militärstrafprozeßordnung festgenagelt bleiben, die aus einer Zeit herrißt, wo auch unsere Zivilprozeßordnung anders geartet war? Damals deckte sich das Zivilprozeßverfahren mit dem Militärstrafverfahren. Jenes ist nun fortgeschritten, jenes hat sich den Fortschritten der Zeit nicht angepaßt.

Die Maßnahmen sollen nun nach einer Statistik des Reichskanzlers abgenommen haben. Die Statistik enthält doch aber nur die Fälle der Bestrafung. Man könnte daraus doch ebenso folgern, daß nur die Zahl der verfolgten Fälle eine geringere ist, während die Zahl der wirklichen Mißhandlungen gestiegen ist. In der Kommission haben ehemalige Offiziere selbst gesagt, daß man zu unseren Zeiten von solchen Dingen nicht gehört hat. Von dieser Seite ist man also nicht der Ansicht, daß es früher schlimmer gewesen sei. Da liegt es doch nahe, zu untersuchen, ob nicht im letzten Menschenalter gewisse Einrichtungen mehr geeignet gewesen sind, die Mißhandlungen zu erleichtern. Schon in der Kommission habe ich darauf hingewiesen, daß früher die Unteroffiziere durchaus nicht in dem großen Umfang aus Unteroffizierschulen hervorgingen. Unteroffiziere, die nicht selbst in der Truppe gedient haben, nicht von der Pike auf, die nicht selbst die Rekruten kennen gelernt haben, die nur immer mit solchen zusammen gewesen sind, die auch Unteroffiziere werden wollen, muß es viel schwerer fallen, die Rekruten zu behandeln und sich in die Seele eines solchen Mannes mit Verständnis zu versetzen. Statt dessen kommen sie

Wohlweise schon als Vorgelehrte in die Armee und treffen dort zusammen mit jungen Offizieren, die zum großen Theil ihre Ausbildung auch außerhalb der Truppe empfangen haben. Nach einer österreichischen Korrespondenz in einem süddeutschen Blatt wird gesagt, daß seitdem in Österreich die Unteroffizierschulen abgeschafft worden sind, die Misshandlungen ganz außerordentlich abgenommen haben (Hört! hört! links). Früher wurden die Soldaten auch weit mehr in der Offenlichkeit ausgebildet als jetzt. Die Exerzierplätze lagen an der Straße. Vom Publikum blieb dieser oder jener stehen, und mancher Unteroffizier, der sonst leidenschaftlicher Natur ist, genierte sich vor dem Publikum, die Soldaten schlecht zu behandeln. Jetzt hat man die Kasernenhöfe abgeschlossen, durch hohe Mauern den Blicken des Publikums entzogen, sodass also die Kontrolle derselben nicht mehr vorhanden ist. Überhaupt ist die Abgeschlossenheit des Militärs gewiegt. Die Unteroffiziersfamilien werden kaserniert, die Kantischen werden abgeschlossen, das Offizierkorps ist abgeschlossener durch die Kasinos. Das ist eine Sonderung des Militärs vom Publikum, die es ermöglicht, daß sich gewisse Missstände herausstellen, ohne daß man sie selbst in den höchsten Kreisen der Militärverwaltung wahrnimmt.

Für uns ist die Resolution der Kommission unannehmbar, so unannehmbar, daß selbst, wenn unsere Resolution abgelehnt werden sollte, wir jener Resolution nicht zustimmen könnten. Zwei Gründe haben wir dafür: einmal, weil uns hier die Hauptgrundsätze fehlen, die wir für die Reform des Militärstrafprozeßverfahrens verlangen, und weil in Bezug auf die Offenlichkeit nur verlangt wird eine "größere" Offenlichkeit. Was heißt denn eine größere Offenlichkeit gegenüber dem jetzigen Zustande? Das "Konservative Wochenblatt" sucht die Konservativen zu beruhigen und sagt ihnen, sie könnten für die Resolution schon stimmen, denn größere Offenlichkeit wäre es schon, daß andere Unteroffiziere und Offiziere an der Verhandlung teilnehmen können; das wäre darunter nicht zu verstehen, daß Untergebene oder gar Zivilisten zugelassen werden. Wenn das unter größerer Offenlichkeit verstanden wird, dann lege ich darauf nicht den geringsten Wert. Würde diese Deutung nicht richtig sein, dann hätten nicht die Herren von der rechten Seite, die sich sehr ungünstig über das öffentliche Verfahren aussprochen haben, es vereinbart mit ihren Ansichten halten können, der Kommissionsresolution zuzustimmen.

Wenn noch ein Zweifel vorhanden gewesen wäre, daß unter größerer Offenlichkeit nicht entfernt das zu verstehen ist, was in Bayern besteht, so hätten die Herren aus Bayern diesen Zweifel beseitigt, die aus Bayern hergereift gekommen sind und die besondere Klausula bajuvarica beantragt haben. Sie haben herausgefunden, daß die größere Offenlichkeit nicht die bayerische Offenlichkeit bedeutet, und haben deswegen zugefügt: "unbeschadet des bestehenden bayerischen Rechts." Diese Klausel ist mehr schlau als schön. (Heiterkeit.) Die Herren haben es verstanden, Münchener Überzeugungsraus mit Berliner Diplomatie im Einklang zu bringen. (Heiterkeit.) Diese Klausula ist nach jenem Rezept gemacht: Heiliger Florian, beschütz unser Haus, zünd' and're an! oder: Mächtiger Reichskanzler, laß nur das bayerische Strafprozeßverfahren bestehen, nach mit dem norddeutschen, was Du willst! (Heiterkeit.) Und nachdem sie diese clausula bajuvarica eingebracht haben, werden die Herren sich zu denen schlagen, die gegen die Resolution stimmen, und verhindern, daß sie auch auf Norddeutschland ausgedehnt wird. (Sehr richtig! links.) Können Sie denn Ihren Autoritäten für das bayerische Recht einen härteren Schlag verzeihen, als daß Sie sagen: wir haben zwar das bayerische Recht, aber es ist nicht wert, es zum allgemein deutschen Rechte zu erheben? (Lebhafte Beifall links.) Wir sind noch niemals in solcher Partikularismus vorgekommen. Haben Sie denn ganz vergessen, daß Sie in unserer Verfassung stehen, daß jeder Abgeordneter Vertreter des ganzen Volkes ist? (Lebhafte Beifall.) Sie stellen sich auf den engsten bayerischen Standpunkt, und nicht genug damit, fragen Sie noch dazu bei uns zu verhindern, daß bayerische Recht zum allgemeinen deutschen Recht zu erheben. Sie haben ja sehr viele Einrichtungen in Bayern, die noch unserer Ansicht schlecht sind, und wegen deren wir die Reservatsrechte bedauern; aber hier ist das gerade Gegenstand der Fall; Sie verhindern uns, dem bayerischen Rechte die Ehre zu geben, die ihm zufällt. (Beifall links.)

Weiterhin ist die Resolution für uns unannehmbar wegen des dritten Passus von der Religion. Wenn Sie überall die Religion hineinziehen wollen, warum haben Sie es nicht schon bei Ihrem Vorsenantrage gethan und da am Schlusse durch eine Resolution auf die Pflege des religiösen Lebens im allgemeinen hingewirkt? (Heiterkeit.) Das könnten Sie mit demselben Recht wie hier. Es ist überhaupt in den ganzen Misshandlungen nichts vorgekommen, was dazu auffordern könnte, diese Frage mit der Religion zu verquälen. Wenn man sich überhaupt auf religiöse Einsprüche beziehen will, so muß ich sagen, die armen Rekruten, die misshandelt sind, haben eben zu viel als zu wenig christliche Ergebenheit. (Große Heiterkeit.) Meinen Sie denn mit der religiösen Frage der Unteroffiziere selbst? Diese sind doch zum größten Theil hervorgegangen aus belobenden für sie eingerichteten staatlichen Kadettenschulen, und die Offiziere aus Kadettenschulen. Allerdings sind die Unteroffizierschulen zur Zeit noch Simultan-Schulen und ebenso die Kadettenschulen. Wenn Sie also diesen Schulen den simultanen Charakter zum Vorwurf machen wollen, so sagen Sie es nur gerade heraus, vielleicht hat dann der Herr Reichskanzler ein Einsicht (Heiterkeit); allerdings scheint mir das Letztere doch nicht so ganz sicher zu sein. Die Worte, die der Reichskanzler gesprochen hat über die Unzulässigkeit konfessioneller Konventikel in den Kasernen, sind wahrhaft herzerfrischend (Heiterkeit), und um so mehr, als die Militärverwaltung in der Budgetkommission sich geradezu auf den entgegengesetzten Standpunkt stellte. (Hört! hört!) Generalmajor v. Götz hat dort zur Verurteilung der Herren vom Zentrum erklärt, daß solche geistlichen Übungen in neuerer Zeit schon vielfach in den Kasernen stattfinden, daß sie allgemein begünstigt würden von oben, und daß ihre Pflege die Militärverwaltung sich zur besonderen Aufgabe mache. (Hört! hört!) Ich möchte den Herrn Reichskanzler eruchen, seinen großen Einfluss in der Verwaltung geltend zu machen, um diese bereits eingeführten Konventikel wieder abzuschaffen.

Herzerfrischend war auch die Neuauflistung des Reichskanzlers, daß man dort, wo man Gehorsam und Kameradschaft pflegen müsse, nicht darnach fragen müsse, in welchem Glauben ist der Mann aufgewachsen, und daß man nicht dort konfessionelle Übungen vornehmen müsse. Herr Reichskanzler, wenn das der preußische Ministerpräsident wüßte, Sie könnten in den Verdacht des Atheismus kommen (Sturmische Heiterkeit). Der preußische Ministerpräsident sagte: keine Religion ohne Konfession; wer nicht das konfessionelle Leben, die konfessionelle Sonderung pflegt, der beeinträchtigt auch die religiösen Übungen, der macht sich mindestens atheistischer Religion schuldig. Der Herr Reichskanzler ist hier auf militärischem Gebiete ein ganz anderer Mann. Aber warum sollen seine Worte nur für das militärische Leben richtig sein? Ist man nicht auch im bürgerlichen Leben, im privaten und öffentlichen, genötigt, in Gehorsam und Kameradschaft mit einander zu leben; ist da nicht ein Zusammenleben notwendig, bei dem man nicht fragen darf: in welchem Glauben ist der Mann aufgewachsen? Dann ist es aber auch falsch, die Jugend in der Schule konfessionell gefördert heranzubilden und die konfessionellen Gegenstände so zuzuspicken, wie es in dem neuen Schulgesetz der Fall ist (Lebhafte Beifall links). Vielleicht ist der Herr

Reichskanzler so freundlich, es dem ihm nahestehenden preußischen Ministerpräsidenten zur Erwagung zu stellen, ob nicht diese seine richtige militärische Anschauung doch in gewissem Maße auch auf die bürgerlichen Beziehungen mehr Anwendung findet. Vielleicht ist dann der preußische Ministerpräsident geneigt, die Opposition, die ihm im Landtag entgegentritt, besser und wichtiger zu würdigen, als es bisher vielfach der Fall war (Beifall links).

Ich halte es nicht für richtig, hier religiöse Fragen hineinzubringen. Wenn Sie aber einmal religiöse Fragen erörtern wollen, das Verhältnis der Religion zu Einrichtungen des Heeres, dann, meine Herren vom Zentrum, können Sie unmöglich an der Duellfrage vorbeikommen. (Sehr wahr! links.) Die Duellfrage ist eine Einrichtung, die Ihnen und Anderen religiösen Überzeugung schmuckstracks widerspricht. Im Militär läuft man das Duell nicht nur zu, nein, der Offizier wird unter Umständen gezwungen, einem Duell sich zu unterziehen oder seinen Abschied zu nehmen.

Gedroht haben Sie, daß die Rache der Untergang, aus der Armee auszuscheiden zum grössten Bedauern aller, die auf die Dienste dieser hervorragenden Männer nur ungern verzichteten. Wenn Sie also überhaupt hier religiöse Fragen in Betracht ziehen wollen, so müssen Sie, Ihren eigenen Anschauungen entsprechend, mit uns dafür stimmen, daß nun die Duellfrage im Heere einer anderen Beurtheilung unterzogen und daß das Duellneben befeitigt wird. Man hat von jener Seite hervorgehoben, daß die Rache im Volke zunimmt. Es mag ja sein, daß in den Kreisen der ungebildeten Leute die Lust an Räuspern und Schlägereien zunimmt. Aber wer das Duell, die kommentärmäßige Rauferie, für etwas Gerechtfertigtes hält, der hat förmlich nicht das Recht, über das Kommentärmäßige Räuspern und Schlägen bei den ungebildeten Arbeiterburischen hier zu klagen. (Lebhafte Beifall links.) Das Duell in studentischen Kreisen wäre meines Erachtens längst befeitigt, wenn nicht als gewissermaßen kritische Einrichtung das Duellwesen im Heere fortbestand hätte, im Widerspruch mit dem Strafgesetze des deutschen Reiches und den religiösen Pflichten. Offen gesagt, ich würde diese fremden Fragen nicht gern in diese Materie hineinziehen; ich befürchte, dadurch die Betrachtung zu verflüchtigen und die Vertiefung zu verhindern, die die Sache an sich verdient. Deshalb möchte ich Sie bitten, daß Sie Ihre Resolution 3 ganz fallen lassen und unsere Resolution annehmen. Wir meinen ja nicht, daß damit alle Missstände beseitigt werden; aber wir glauben, daß wir durch diese beiden Einrichtungen ganz erheblich zur Verminderung derselben beitragen können. (Lebhafte Beifall links.)

Generalleutnant v. Spitz: Die Urtheile der Generalkommandos über eine Revision der Militärstrafprozeßordnung sind im Kriegsministerium eingegangen und werden jetzt gesichtet, was eine lange Zeit in Anspruch nimmt. Die neue Civilprozeßordnung hat ja auch große Schwierigkeiten gemacht, und einige Fragen, wie die der Verurteilung und der Entschädigung unschuldig Verurtheilter sind noch jetzt nicht geregelt. Da die neue Militärstrafprozeßordnung sich an die Civilprozeßordnung anlehnen soll, so können Sie es der Armee nicht verübeln, wenn Sie warten will, bis auch diese Fragen erledigt sind.

Die Resolution unterscheidet nicht scharf genug zwischen Beschwerdebeweg und Klage. Den Beschwerdebeweg kann man nur bei Sachen einschlagen, die auf dem Gebiet der Disziplinargewalt liegen, nicht aber bei Dingen, die gerichtlich bestraft werden können, und das ist bei Misshandlungen der Fall. Dafür daß diese Klage befristet werden kann, ist genügend gesorgt, und empörende Hobelteile werden, wenn der Soldat manhaft genug ist, Klage zu führen, streng bestraft. Die bisherigen Erfahrungen mit den aus den Unteroffizierschulen hervorgegangenen Unteroffizieren sprechen durchaus zu Gunsten dieser Schulen. Auffallend dagegen ist gerade, daß Gemeine im Vorgesetztenverhältnis sich leicht zu Misshandlungen fortsetzen lassen, gerade durch die Machtfülle, die sie im Augenblick erhaben.

Das bei der Revision der Militärstrafprozeßordnung auf das Urtheil der Armee, der Generale Bezug genommen werden soll, ist doch durchaus gerechtfertigt, denken Sie an die Entstehung der preußischen Armee, deren Grundmauern gelegt sind von den Fürsten und weiter gebaut von den obersten Kriegsherren und Führern und dem tüchtigen Sinne des Volkes. So ist die preußische Armee eine Institution geworden, die sich die Anerkennung der Welt erungen hat.

Abg. Hauffmann (Vollsp.): Die Regierung will hier ebenfalls wie bei der bürgerlichen Rechtspflege das was das öffentliche Rechtsbewußtsein schon lange fordert. Mit dem Schlagwort von der Mannhaftigkeit der Mannschaften wird man da nicht fertig. Vielleicht giebt die Regierung uns eine bestimmte Auskunft über das Stadium der Reform. Aus dem bisher Mitgetheilten ersehen wir nur, daß sie nicht vornwärts gehen will.

Früher wurde den Angaben über Misshandlungen stets Unzulässig entgegebracht; jetzt sagt der Reichskanzler, das kommt überall vor, das sei ein nothwendiges Nebel. Es ist eine falsche Auffassung, daß Misshandlungen seitens der Offiziere nicht vorkommen. In der Festung Ulm ließ der Rittmeister von Lauenstein vom Ulanenregiment die jüngeren Soldaten von den älteren mit Gewehrkörben trachten, und überzeugte sich durch die Beurtheilung der Soldaten, daß die angeordnete Maßregel von Wirkung war. Die Militärbehörde hat nichts gethan, weil keiner der Soldaten die Mannhaftigkeit hatte, eine Anzeige zu machen. Durch eine Privatperson wurde die Sache in weiten Kreisen bekannt und kam an das bürgerliche Gericht. Dieses forderte das Militärgericht auf, eine Untersuchung einzuleiten, aber das Militärgericht ließ sich nicht darauf ein, und nun ging das bürgerliche vor. Die Beweiserhebung ergab die Wahrheit aller behaupteten Thatfachen. Der Rittmeister von Lauenstein trägt heute noch des Königs von Württemberg ein Urteil gefällt worden ist, in welchem es heißt, daß der Fall die Ehre des Militärs aufs Kleinst verleihe. (Hört! hört! links.) Der militärische Bundesbevollmächtigte Württembergs wird von der Sache vielleicht auch jetzt gar keine Kenntnis haben. (Rufe links: Natürlich nicht!). Die betreffende Kompanie in Ulm heißt die Prügelpatrouille in der ganzen Stadt. In einem zweiten Fall ist ein junger Rekrut beim Schwimmunterricht zu Grunde gegangen, weil der Unteroffizier mit Absicht die Leine nicht vorschriftsmäßig festband und den im Wasser verzweifelnden Soldaten verbündete, einen Kahn zur Rettung zu ergreifen. Der Unteroffizier, der den Tod eines Mannes verschuldet, bekam dafür 5 Wochen Arrest. (Hört! hört! links.) Dem alten Vater wurde nicht einmal mitgetheilt, wie sein Sohn zu Grunde gegangen ist. Als der Vater zum Unteroffizier kam, wollte dieser es ihm nicht sagen, und der Oberst wollte sich nicht in seinem Mittagschlafchen stören lassen. (Hört! hört! links.)

Ein dritter Fall betrifft einen Erfahrbewerber, einen sehr gutmütigen, jungen Menschen, der zu Übungen eingezogen wurde und innerhalb der sechs Wochen durch Misshandlungen sowohl gebracht wurde, daß er in die Irrenanstalt kam. Die Militärverwaltung hatte natürlich keinen Anlaß, sich mit der Sache zu beschäftigen. Der alte Vater, der an dem Sohne die einzige Stütze hatte, drang auf Untersuchung, bei der natürlich nichts heraus kam. Er drang noch weiter, und schließlich sagten die Leute aus, daß der Mann vier mal geschlagen worden sei. Als man sie fragte, warum sie nicht früher die Aussage gemacht hätten, erklärten fast

Alle übereinstimmend, sie hätten es aus Furcht vor Misshandlungen seitens des Unteroffiziers gehabt, und weil der Unteroffizier Ihnen zugeredet hätte nichts auszusagen. Der Unteroffizier wurde zu 5 Wochen, die Soldaten dagegen zusammen zu 17 Jahren Buchenhaus verurtheilt. (Hört, hört! links.) Der Vater wandte sich nun an das Kriegsministerium um zivilrechtlichen Erlass, weil er der Sühne beraubt worden sei. Inzwischen waren die Erfahrbewerber entlassen worden, und die Sache kam vor das Zivilgericht, und es stellte sich heraus, daß tatsächlich die größten Misshandlungen vorgekommen sind, und die Militärverwaltung wurde zur Zahlung einer Pension von monatlich 57 Mark verurtheilt. (Hört, hört! links.) Der Unteroffizier wurde noch bestraft, weil er nicht mit der genügenden Energie aufgetreten wäre, weil er die Soldaten nicht mit dem Seitengewehr über den Kopf geschlagen habe: "Dann hätte es zwar ein Unglück gegeben, aber die militärische Ehre wäre gerettet." (Hört, hört! links.)

Sie haben jetzt genug Beweise. Danach müssen wir zweifellos zu dem Fazit kommen: Ehre, Gesundheit und Menschenleben sind im deutschen Heere großen Gefahren ausgesetzt und der bisherige Schutz dagegen genügt nicht. Die matte Resolution genügt nicht. Der Reichskanzler bezeichnet als Ursache der Misshandlungen die zunehmende Rohheit im Volke. Man kann den sozialdemokratischen Bestrebungen keinen größeren Vorwurf leisten als indem man ihre Behauptung, wir seien in der Dekade begriffen, bestätigt. Aber auch nach außen hin halte ich es nicht für richtig, den Anhängern zu erwidern, daß Deutschland in seiner Kultur zurückgeht. Wenn das das Resultat der ersten zwei Jahrzehnte seit Gründung des deutschen Reiches ist, dann könnte der Reichskanzler sein grausames Urteil darüber aussprechen, als er es gethan hat. (Sehr wahr! links.) Ich wünsche jedenfalls, daß der Reichskanzler uns das Material genauer vorlegt, auf welches er solche schweren Angriffe basirt. Denn so etwas kann man nicht aussprechen auf bloße Behauptungen einzelner Offiziere hin. Viel naheliegender als der Schluss des Reichskanzlers ist der, daß diese Zustände in der Armee auf die Verrohung des Volkes zurückzuführen. Überhaupt, was ist das für ein eigenhändiger Widerprüch, in dem der Reichskanzler gerath? Er sagt, die Verrohung nimmt zu, die Soldatenmisshandlungen nehmen ab, trotzdem die Kompaniechef nicht genügend Zeit zur Überwachung haben. (Hört, hört! links.) Also nur draußen im Volke nimmt die Verrohung zu! (Sehr richtig! rechts.) Die Herren, die hier sehr richtig rufen, haben zum großen Theil in den Reihen der Vorgesetzten die Verrohung zu nennen. Vom Volke aber so was zu behaupten, möchte ich mir nicht getrauen, ohne dem Anhänger meines eigenen Volkes nahe zu treten. Der Grund der Misshandlungen ist der, daß die körperlichen Anforderungen an die Soldaten ihre Kräfte übersteigen, und daß die Unteroffiziere das erzwingen wollen und sich so allmählich an die Grausamkeiten gewöhnen.

Das Viechwerderecht ist nichts weniger als vorzüglich, wenn nach § 7 der Instruktion jeder Soldat vor einer Beschwerdeführung daraufhin zu verwarnt wird, daß grundlose Beschwerdestrafe nach sich ziehe. Das macht die Beschwerde gänzlich illusorisch. Die Bestimmung ist geradezu eine Wolfsschlucht mit Fangen. Es gehört mehr als haarspaltende Juristerie dazu, in dieser Bestimmung eine Wohlthat zu finden (sehr richtig! links). Am besten würde man den Kompaniechef einfach mit schlichtem Abschied entziehen, falls in seiner Truppe eine Misshandlung vorkommt.

Die Disziplin wollen wir gewiß nicht abschaffen, aber wir verlangen eine würdige Behandlung des Mannes. Hat denn der Reichskanzler bewiesen, daß in der bayrischen Armee keine Disziplin besteht? Gewiß ist die Liebe zum Vorgesetzten die Hauptfahne, aber gerade unser Antrag ist geeignet, diese Liebe zu schaffen und zu erhalten. Wenn der Reichskanzler uns eingeladen hat, zu ihm auf das Blaueherd herunterzukommen, so laden wir ihn unerreichbar ein, auf die Höhe zu kommen, von welcher aus man besser als in der Ebene die Kulturverhältnisse im Volke übersehen kann. (Bravo! links.)

Aus der gestrigen Rede des Herrn v. Capriki sprach mehr der preußische General als der deutsche Reichskanzler. (Sehr richtig! links.) Es ist bedauerlich, daß diejenigen Leute, welche die bürgerlichen Interessen vertreten, nicht unserer moralischen Kundgebung zustimmen. Es ist wünschenswert, daß gerade der Reichstag, der eine Vertretung der öffentlichen Interessen sein soll, das Gewicht seiner Überzeugung in die Wagschale legt gegen den Widerstreit der militärischen Interessen. Wenn man aber gleich von vornherein sagt: wir sind auch mit weniger zufrieden, so wird der militärische Widerstand nur angefacht. Nur die Resolution Bühn-Richter entspricht der Situation, und ich fürchte, wenn ich für die andere Resolution eintrete, mich mitschuldig zu machen an den Misshandlungen, die künftig kommen werden. (Lebhafte Beifall links.)

Württembergischer Bevollmächtigter Neidhardt giebt eine Darstellung des ersten vom Abg. Hauffmann vorgebrachten Falles von Misshandlung. Die Wirkung der Behandlung sei nicht sicher nachweisbar gewesen (Lachen links), eine Beschädigung des Gehirns sei nicht eingetreten. Der Unteroffizier sei bestraft worden und wäre viel strenger bestraft worden, wenn die Folgen des Verfahrens klar zu Tage gelegen hätten und der Misshandelte vernehmungsfähig gewesen wäre (Lachen links).

Reichskanzler Graf Caprivi: Die Rede des Abg. Hauffmann kann nur den Zweck haben, Misstrauen und Misvergnügen zu erregen. (Große Unruhe und lebhafte Zwischenrufe links.) Was hat es denn für einen Zweck, das Land auf eine Anzahl von Fällen aufmerksam zu machen, die zu beurtheilen kein Mensch im Stande ist? (Gelächter links.) Glauben Sie denn, daß von Selsender kompetenten Stellen nicht das geschieht, was geschehen kann? (Rufe: Nein, eben nicht.) Die Militärbehörde kann auf die Fälle nur eingehen, wenn die Gemährsmänner genannt werden. Auch Abg. Bebel ist schriftlich ersucht worden, die Gemährsmänner zu nennen. Der Vorwurf, daß ich mehr als preußischer General denn als Reichskanzler gesprochen habe, trifft mich nicht, denn ein Reichskanzler vergleicht sich nichts, wenn er als preußischer General spricht.

Dem Abg. Richter bin ich dankbar, daß er sich an der schmutzigen Wäsche, wie sie hier vorgenommen worden ist, nicht beteiligt hat (Hört! hört! rechts). Gegenüber dem Vorwurf, daß ich für das bürgerliche Verfahren kein Wort des Lobes gehabt habe, verweise ich auf die Stelle, in welcher ich Bayern volles Lob gezollt habe. (Redner verliest die betreffende Stelle.) Ich fürchte, Abg. Richter hat die Absicht, Misstrauen zwischen der bürgerlichen und preußischen Regierung zu säen. (Heiterkeit.) Ruf: unerhörbar! Herr Richter bin ich wirklich nicht, wie Abg. Richter meinte. Herr Richter beruft sich auf die vorzülichen Erfahrungen mit dem bürgerlichen Rechte. Der bürgerliche Kriegsminister hat aber ausdrücklich erklärt, er wolle das bürgerliche Gerichtsverfahren vertreten, "soweit es sich erprobte" habe. Diese Erklärung läßt doch ratschlich ist, daß bürgerliche Recht bei uns einzuführen. Herr Richter meint, früher, als auf öffentlichen Plätzen exerziert wurde, seien solche Dinge nicht vorgekommen. Borgelommen ist es auch, man fand nur nichts dabei (Lachen links), wir sind viel empfindlicher geworden. Früher wurde in einer Art und Weise geschimpft, von der wir heute keine Vorstellung haben. (Heiterkeit.)

Herr Richter meint, die Presse sei ein Surrogat für die Offenheit im Militärstrafverfahren. Ich befürchte, daß bei Einführung des öffentlichen Verfahrens die Presse noch viel schlimmer sein würde. Ich glaube, dann würden die Sozialdemokraten sofort eine Zeitung gründen allein für diesen Stoff; schon in Berlin allein würden sie genügend Stoff zusammenbringen. Wir sind überhaupt auf dem besten Wege, eine Sammelstelle für Militärlagen zu gründen. Jeder Vater, der einen Sohn beim Militär hat, kann sich ja an den Abg. Bebel wenden, und durch ihn seinen Gefühlen Lust machen. Wenn Sie solche Sachen hier vorbringen, so kommt das lediglich den Sozialdemokraten zu Gute. (Sachen links.) Die Schlacht bei Zena wurde deswegen verloren, weil mit der Zeit die Disziplin verloren gegangen war, weil nicht mehr das gute Verhältnis zwischen Gemeinen und Borgeleuten bestand. Dieses gute Verhältnis zu fördern und zu erhalten, wird die ernste Aufgabe der Militärverwaltung sein. (Beifall rechts.)

Abg. Groeber (Br.): Keine der Resolutionen wird verhindern, daß Misshandlungen vorkommen. Wollte man die Misshandlungen beseitigen, so müßte man im Reichstage ein anderes Exzerzierreglement einführen. Wenn man aber vom Bundesrathstische aus mit Einwendungen kommt, wie diejenige war, daß zahlreiche Berührungen Unschuldiger im Zivilverfahren vorkommen, so erleichtert man dadurch nur die Agitationen gegen die Militärverwaltung. Die Redner von der Volkspartei und der Sozialdemokratie urtheilen über Fälle hier von vornherein ab, die noch nicht erledigt, ja noch nicht einmal angezeigt sind. Die Ausführungen zeigen nur, daß ihr Zweck ein anderer war, als der, sachliches Material zu liefern. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum; Widerwurz links.) Sie können nur verbitternd wirken beim Volke und bei der Militärbehörde. In Bayern gerät niemand in große Aufregung, wenn eine grobe Misshandlung bekannt wird, weil eben jede einzelne bekannt wird.

Redner befürwortet darauf gemäß der Resolution der Kommission eine Erleichterung des Beschwerdeverfahrens. Die Forderung auf Pflege religiösen Lebens gehört formell und inhaltlich in die Resolution. Führt doch Prinz Georg in seinem Erlass die Brutalität, wie sie in den Misshandlungen zum Ausdruck gekommen sei, auf den Mangel an Gottesfurcht zurück. Die Religion muß Grundlage sein alles öffentlichen Lebens, deswegen muß sie Geltung haben auch in der Kaserne. Gerade in der heutigen Zeit, wo die Versorgung im Zunehmen begriffen ist, muß die Pflege religiösen Sinnes angestrebt werden. Herr Bebel schließt daraus, daß wir wissenschaftlich sind. Das ist nicht der Fall.

Herr Richter hat die Zeit gefunden, nicht bloß selbst einen Antrag einzubringen, sondern auch unseren Antrag zu verbessern. Daraus, daß dieses Ämendement nicht in Verbindung mit dem Abg. Buhl eingebracht ist, wie sein Antrag, scheint doch hervorzuheben, daß die Einigkeit zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen doch nicht so groß ist. (Heiterkeit.) Wenn Herr Richter sehen wollte, so würde er schon Lücken in seinem Antrag finden. Wir geben nicht auf den Leim. (Beifall im Zentrum.)

Hierauf verzagt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 1 Uhr. (Vorher Abstimmung über die Resolution v. Bar. betr. Auslieferungsverträge.) Schluß gegen 5 Uhr.

Telegraphische Nachrichten.

Heilbronn, 16. Febr. Wie die „Nedarztg.“ meldet, hat die Kreisregierung von Ludwigsburg die Suspension des hiesigen Ober-Bürgermeisters Hegelmeier vom Amt des Stadtvorstandes ausgesprochen.

Karlsruhe, 16. Febr. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des ultramontanen Abgeordneten Kieser im Wahlkreise Ebersbach-Buchen für günstig erklärt.

Pest, 16. Februar. In einem heute stattgefundenen Pistolenduell zwischen dem Redakteur des Regierungsblattes „Memet“, Gajari, und dem Redakteur des „Egyetertes“, Czavolsky, erhielt Letzterer einen leichten Streifschuß an der linken Brustseite.

Petersburg, 16. Febr. Wie die Blätter melden, sind aus den hiesigen Garderegimentern eine Anzahl Offiziere und Unteroffiziere bestimmt worden, um die Gaben des Hilfskomites unter dem Präsidium des Großfürsten-Thronfolgers unter die Notleidenden an Ort und Stelle zu verteilen.

Basel, 16. Febr. Wie die „Bas. Nat. Ztg.“ meldet, sind die beiden flüchtigen Direktoren der „Allgemeinen Kreditbank“ hier selbst, Wüst und Kling, in London verhaftet worden.

Neapel, 16. Febr. Aus der Basis des großen Regels des Besuchs ergiebt sich von Neuem ein Lavastrom gegen die Schlucht des Atrio del Cavallo.

Paris, 16. Febr. Die Deputirtenkammer hat heute ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Der Boulanger Richard brachte einen Antrag ein, dahin gehend, mit Rücksicht auf die Vertheuerung des Lebensunterhalts in Folge der neuen Zölle ein Minimum der Beamtengehälter festzusetzen. Der Antragsteller verlangte die Dringlichkeit, welche mit 366 gegen 100 Stimmen abgelehnt wurde. Der Sozialist Lafargue brachte einen Antrag ein, die neuen Zolltarife für Lebensmittel abzuschaffen. Melina protestierte dagegen, indem er betonte, die Abfahrt Lafargues sei, das Volk aufzuwiegeln. Er glaubte nicht, daß die Konsumenten sich über das neue Zollregime beklagten; dieselben würden sehr bald aus der Zunahme des nationalen Wohlstandes Nutzen ziehen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Paris, 16. Febr. Der Präsident der Republik hat in der heutigen Sitzung des Ministrerraths auf Antrag des Handelsministers einen Gesetzentwurf unterzeichnet, betreffend die Gewährung eines Kredits im Betrage von 3 250 000 Franks für die Beteiligung der französischen Regierung an der Weltausstellung in Chicago.

Paris, 16. Febr. Nach einer Meldung aus Montevideo hat der Präsident bei Eröffnung der neuen parlamentarischen Session hervorgehoben, mit der Konversion der Rente in eine 3½ prozent. wurde bezweckt, einem Bankrott vorzubeugen, er hoffe die Gründung der Nationalbank von Uruguay werde zur Besserung der wirtschaftlichen Lage merklich beitragen. Der Präsident schloß mit der Versicherung, die Regierung verbürgte sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung, welche begleitet von einer weisen Verwaltung der Finanzen des Landes dessen Wohlstand wieder herbeiführen werde.

Madrid, 16. Febr. Die Königin-Regentin hat die

Kommissare ernannt, welche für den Abschluß definitiver Handelsverträge die vorbereitenden Arbeiten einleiten sollen.

London, 16. Febr. In einer Molkereiwirtschaft Süd-London mit einem Bestande von etwa 20 Kühen ist die Klauenseuche ausgebrochen.

Yokohama, 16. Febr. Die Vorbereitungen für die Wahlen zum neuen japanischen Repräsentantenhouse sind im vollen Gange. Zwischen den Anhängern der Regierung und denen der Opposition ist ein harter Wahlkampf entbrannt, welcher bereits in den Städten Saga (Provinz Nizen) und Tosa zu ernsthaften Wahlkämpfen geführt hat.

Handel und Verkehr.

Essen a. d. Ruhr, 16. Febr. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ meldet, schlägt der Aufsichtsrath der Essener Kreditanstalt für das Jahr 1891 eine Dividende von 7 Prozent wie im Vorjahr vor.

Hamburg, 16. Febr. Die „Hamb. Börsen-Ztg.“ hört von zuverlässiger Seite, daß die Mitteilungen über eine Fusion zwischen dem „Kosmos“ und der „Pacificline“ unbegründet sind.

Hamburg, 16. Febr. [Kartoffelfabrikate.] Tendenz geschäftsflos. Notrungen p. 100 Kilogr. Kartoffelstärke Primawaare prompt 33½–33¾ M., Lieferung 32½–33 M. Kartoffelmehl. Primawaare 31–32½ M., Lieferung 31–31½ M., Superiorstärke 34½–35 M., Superiormehl 35 bis 36 M., Extrin, weiß und gelb prompt 43½–44 M. Capillar-Syrup 44 M. prompt 39½–40 M. Traubenzucker prima weiß getrocknet 40–40½ M.

Leipzig, 16. Febr. [Wollberich t.] Kammzwa-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. ver August 3,37½ M., p. März 3,37½ M., p. April 3,37½ M., p. Mai 3,40 M., p. Juni 3,40 M., p. Juli 3,42½ M., p. August 3,42½ M., p. Septbr. 3,45 M., p. Oktbr. 3,47½ M., p. Nov. 3,47½ M., p. Dez. 3,47½ M., p. Jan. 3,50 M. Umsatz — Kilogr.

New York, 15. Febr. Die Börse eröffnete sehr fest, später zogen die Kurse weiter an; der Schluß war fest zu den höchsten Tageskursen. Der Umsatz der Aktien betrug 643 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3 700 000 Unzen geschätzt. Die Silberkäufe betrugen 13 000 Unzen. Die Silberläufe für den Staatschaz betragen 428 000 Unzen zu 90,50 à 90,75.

Marktberichte.

Bromberg, 16. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer. Weizen 200–208 M., geringe Qualität 183–192 M., feinstes feiner Rottz. — Roggen 204–214 M., geringe Qualität 185 bis 203 M., feinstes über Rottz. — Gerste 150–165 M., Braugerste 165–170 M. — Erbsen Futter 150–160 M., Roherbsen 161–190 M. — Hafer 150 bis 165 M. — Lupinen 65–85 M. — Spiritus 50er 65,0 M., 70er 45,50 M.

Marktpreise zu Breslau am 16. Februar.

Festsetzungen der städtischen Markt- Notrungs-Kommission.	gute Höch- ster M. Pf.	mittlere Rie- ster M. Pf.	gering. Ware. Höch- ster M. Pf.	Rie- ster M. Pf.	gering. Ware. Höch- ster M. Pf.
Weizen, weißer	22 30	22	21 20	20 70	19 30
Weizen gelber	22 20	21 90	21 20	20 70	18 30
Roggen	100	17 90	17 20	16 20	15 70
Gerste	14 90	14 40	14 10	13 60	13 10
Hafer	21	20 30	19 50	19	18
Erbse					17 50
Festsetzungen der Handelskammer-Kommission					
feine mittlere ord. Ware.					
Raps per 100 Kilogr.	24,30	23,10	20,—	Marc.	
Winterrüben	23,90	22,50	19,80	=	
Dotter	21,—	20,—	19,—	=	
Schlagslein	23,—	21,—	18,—	=	

Breslau, 16. Febr. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gef. — Ctr. abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Febr. 223,00 Gd. p. April—Mai 221,00 Gd. Hafer (p. 1000 Kilo) p. Febr. 150,00 Gd. Rüböl (p. 100 Kilo) p. Febr. 56,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Proz.) ohne Fak: excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe gekündigt — Liter, p. Febr. (50er) 63,80 Gd. Febr. (70er) 44,30 Gd. April—Mai 45,30 Gd. Juli—August 47,30 Br. August—September 47,30 Br. Binf. Ohne Umsatz. — Die Börsenkommision.

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Ware.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	15. Februar.	16. Februar.
fein Brodaffinade	29,75 M.	29,75 M.
fein Brodaffinade	29,50 M.	29,50 M.
Gem. Raffinade	29,25–29,75 M.	29,25–29,75 M.
Gem. Melis I.	28,00–28,25 M.	28,00–28,25 M.
Kristallzucker I.	28,00–28,50 M.	28,00–28,50 M.
Kristallzucker II.		
Tendenz am 16. Febr., Vormittags 11 Uhr: Ruhig.		
B. Ohne Verbrauchssteuer.		
	15. Februar.	16. Februar.
Granulirter Zucker	19,10–19,35 M.	19,10–19,35 M.
Kordzucker Knd. 92 Proz.	18,10–18,35 M.	18,10–18,35 M.
dto. Knd. 88 Proz.	14,70–16,10 M.	14,70–16,10 M.
Nachpr. Knd. 75 Proz.		
Tendenz am 16. Febr., Vormittags 11 Uhr: Ruhig.		

Meteorologische Beobachtungen zu Breslau im Februar 1892.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad
16. Nachm. 2	747,7	Ø möglich	bedeut	— 3,1
16. Abends 9	746,4	Ø schwach	zieml. heiter ¹⁾	— 6,2
17. Morgs. 7	742,8	Ø leicht	bedeut	— 8,9
¹⁾ Vor- und Nachmittags Schnee.				
Am 16. Febr. Wärme-Maximum — 3,1° Cels.				
Am 16. — Wärme-Minimum — 6,4° =				

Wasserstand der Warthe.

Breslau, am 16. Febr. Morgens 3,42 Meter.

= 16. = Mittags 3,40 =

= 17. = Morgens 3,34 =

Basis und Befestigung der Warthe.

Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br. 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 121,75 Br. 121,25 Gd.

Breslau, 16. Febr. (Schlußkurse.) Still.

Neue Proz. Reichsanleihe 84,00, 3½ prozent. Pfd. Pfandbr. 96,25, Kontrol. Türken 18,25, Türk. Loose 77,00, 4 prozent. Goldrente 92,50, Bresl. Diskontobank 93,00, Breslauer Wechslerbank 95,00, Kreditaktien —, Schles. Bankverein 109,00, Donnersmarckhütte 77,25, Flöther Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau

an Bord Hamburg v. Febr. 14,52%, v. März 14,60, v. Mai 14,92%, v. August 15,27%. Ruhig.

Berl. 16. Febr. Getreidemarkt. Weizen loto fest, ver Frühjahr 10,51 Gd., 10,61 Br., ver Herbst 9,46 Gd., 9,48 Br. Hafer p. Frühjahr 6,12 Gd., 6,14 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni 5,58 Gd., 5,60 Br. — Körbiger p. Aug.-Sept. 13,40 Gd., 13,50 Br. — Wetter: Schnee.

Paris, 16. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Weizen fest, v. Februar 26,00, p. März 26,40, o. März-Juni 26,90, o. Mai-August 27,20. — Roggen fest, ver Februar 19,10, ver Mai-August 19,00. — Mehl fest, v. Febr. 56,40, p. März 57,30, p. März-Juni 57,90, p. Mai-Aug. 58,40. — Rüböl fest, v. Febr. 55,50, p. März 56,25, p. März-Juni 56,75, pr. Mai-Aug. 57,75. — Spiritus bebt, v. Febr. 47,00, p. März 46,75, p. März-April 46,50, p. Mai-August 46,00. — Wetter: Nebel.

Paris, 16. Febr. (Schlußbericht) Körbiger ruhig, 88 pCt. loto 38,75. Weizer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilo p. Febr. 40,25, v. März 40,62%, v. März-Juni 41,00, v. Mai-August 41,50.

Petersburg, 16. Febr. Getreidemarkt. Talg loto 54,00, ver Aug. —. Weizen loto 14,50. Roggen loto 12,25. Hafer loto 5,50. Hanf loto 45,00. Leinsaat loto 15,50. Wetter: Frost.

Habre, 16. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Petmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork ichlos mit 10 Points Baisse.

Nis 19,000 Sac für 2 Tage, Santos 40,000 Sac für 4 Tage.

Habre, 16. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Petmann, Stealer u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 89,00, v. Mai 86,50, p. Sept. 81,50. Behauptet.

Antwerpen, 16. Febr. Bolle. (Telegr. der Herren Wilsens u. Comp.) Bolle. La Plata-Bug. Type B, ver April 4,17%, August 4,25, Oktober 4,30 Käufer.

Antwerpen, 16. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht) Nass-finktes Type weiß loto 16 bez. und Br., v. Febr. 16 Br., v. März 15%, Br., Sept.-Des. 15%, Br. Ruhig.

Antwerpen, 16. Febr. Getreidemarkt. Weizen höher. Roggen unbeliebt. Hafer schwach. Gerste ruhig.

Amsterdam, 16. Febr. Getreidemarkt. Weizen p. März 241, v. Mai 247. Roggen p. März 221, v. Mai 228.

Amsterdam, 16. Febr. Bancaginn 54%.

Amsterdam, 16. Febr. Java-Kaffee good ordinary 55.

London, 16. Febr. 96 pCt. Javazucker loto 16% ruhig.

Rüben-Rohzucker loto 14% ruhig. Centrifugal Cuba —.

London, 16. Febr. An der Küste 4 Weizenladung angeboten. — Frost.

London, 16. Febr. Chitt-Kupfer 44%, ver 3 Monat 44%.

Glasgow, 16. Febr. Hobelien. (Schluß.) Wert numbers warrants 43 lb.

Liverpool, 16. Febr. Getreidemarkt. Weizen 2 bis 3 d. höher, anderes unverändert. — Wetter: Schön.

Liverpool, 16. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht) Muthmäßlicher Umsatz 100,00 Ball. Stetig. Tagesimport 42,000 Ballen.

Liverpool, 16. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Amerikaner träge, Surats ruhig.

Wldl. amerikan. Lieferungen: Febr.-März 3%, Verkaufspreis, März-April 3%, do. Juli-August 4%, d. Verkaufspreis.

Dull, 16. Febr. Getreidemarkt. Englischer Weizen 1% h., fremder 1% h. höher. — Wetter: Frost.

Newyork, 16. Febr. Weizen-Verschüttungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 111,000, do. nach Frankreich 48,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 72,000, do. von Kalfornien und Oregon nach Großbritannien 17,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Newyork, 16. Febr. (Anfangsbericht) Petroleum Pipeline certificates per März 60. Weizen per Mai 104%.

Newyork, 15. Febr. Visible Supply an Weizen 41,796,000 Bushels, do. an Mais 9,832,000 Bushels.

Newyork, 15. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 7%, do. in New-Orleans 6%. Kaffee Petroleum Standard white in New-York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Robes Petroleum in Newyork 5,80, do. Petroleum Certificates p. März 60. Ziernlich fest. Schmalz loto 6,90, do. Hafer u. Brothers 7,15. Buder (Fair refuting Muscovados) 3. Mais (New) p. März 49%, p. April 50, p. Mai 49%. Rother Winterweizen loto 108%. Kaffee Kilo Nr. 7, 14%. — Mehl 4 D. 00 C. Getreidefracht 2%. — Kupfer — Rother Weizen per Febr. 107%. März 106%, p. April 106, p. Mai 103%. Kaffee Nr. 7 low orb. p. März 13,12, p. Mai 12,62.

Für Weizen war der Markt sowohl in Newyork als in Chicago Anfangs fest, bald nach Eröffnung hoben sich Preise, die später auf Abgaben nachließen. Hierher wieder Aufwärtsbewegung. Schluss fest. Für Mais Markt in Newyork und Chicago nach Eröffnung abgeschwächt, später erholt, Schluss festig. Für Weizen herrschte in Newyork große Nachfrage für Export.

Chicago, 15. Febr. Weizen p. Febr. 89%, p. Mai 92%.

Mais p. März 41%. Spec short clear 6,37. Port p. Febr. 11,65.

Berlin, 17. Febr. Wetter: Frost.

Newyork, 16. Febr. Rother Winterweizen. p. Febr. 106%. C., p. März 106 C.

Fonds- und Altien-Börse.

Berlin, 16. Febr. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Notierungen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von fremden Börsenplänen vorliegenden Tendenzmeldungen günstiger lauteten.

Das Geschäft entwickelte sich anfangs ziemlich lebhaft, und infolge von Deckungsläufen konnten die Kurze theilweise noch etwas anziehen. Später gestaltete sich das Geschäft ruhiger und die Haltung unterlag kleinen Schwankungen, doch schloß die Börse wieder fest.

Der Kapitalmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen bei normalen Umsätzen; deutsche Reichs- und preußische Staats-Anleihen gut behauptet. Fremde, festen Zins tragende Papiere waren gleichfalls fest; russische Anleihen etwas besser, Ungarische 4 prozent. Goldrente behauptet, Italiener fest, russische Noten wenig verändert.

Der Privatdiskont wurde mit 1% Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas höherer Notiz mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen und Bulghausrader waren fester, Lombarden und Duz-Bodenbach schwach, andere österreichische und schweizerische Bahnen behauptet.

Inländische Eisenbahntickets fester und mehr beachtet, namentlich Marienburg-Wanta und Ostpreußische Südbahn.

Bankaktien fest; die spekulativen Devisen nach festerer Eröffnung abgeschwächt und wieder fester schließend.

Diskonto = Kommandit und berliner Handelsgesellschafts-Anteile zu etwas höherer Notiz ziemlich belebt.

Industriepapiere fest, aber ruhig; Montanwerthe fest, Aktien von Kohlenbergwerken höher und belebt.

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Febr. In Newyork ist Weizen gestern über 2 C. gestiegen. Hier eröffnete der Getreidemarkt infolge dessen in sehr fester Haltung; die Preise für Weizen und Roggen zogen um mehrere Mark an. Die Öfferten vom Auslande bleiben indeß stark, und es ist eine Partie Kalkutta = Weizen zum Abschluß gekommen. Importeure und Blaspekulanten waren daraufhin später als Abgeber im Markt, ohne daß sich bei den erhöhten Preisen entsprechende Kauflust fand, so daß der größere Theil der Preissteigerung wieder ausgegeben werden mußte. Später wurde der Markt aber wieder fester. Hafer eröffnete fester, wurde später aber infolge des Gerüches von der Aufhebung des russischen Haferausfuhrverbots stark angeboten, so daß die Preise nachgaben.

Roggenmehl nach festerem Anfang abgeschwächt. Rüböl bei kleinem Geschäft wenig verändert. Spiritus loto 60 Pf. billiger;

Termine gaben auf anhaltende Realisationen bei mäßigen Umsätzen ca. 1 M. nach.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kg. Loto geschäftslos. Termine höher. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loto 200—218 Mt. nach Qualität. Lieferungsqualität 206 Mt. p. diesen Mon. — bez., p. April-Mai 206,5—207,25 bis 205,25—206,25 bez., ver Mai-Juni 208,25—208,75—207—207,25 bez., ver Juni-Juli 210—208,5—209,25 bez.

Roggemehl per 1000 Kilo. Loto schlepend. Verkauf Term. höher. Gefündigt 50 To. Kündigungspreis 215 Mt. Loto 202—216 Mt. nach Qual. Lieferungsqualität 212 Mt. inländ. mittel 206—209, guter 210—213 Mt., ver diesen Monat — ver April-Mai 217,26 bis 217—218,25—215—216,5 bez., ver Mai-Juni 214,25—75—212,5 bis 213 bez., p. Juni-Juli 212,5—210—211 bez., p. Juli-August 198,75—197,25—75 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 144—195 Mt. nach Qual. Futtergerste 145—165 Mt.

Hafer per 1000 Kilo. Loto fest. Termine schließen niedriger. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loto 157 bis 178 Mt. nach Qualität. Lieferungsqualität 159 Mt. Bomm. preuß. und schles. mittel bis guter 157—165, hochfeiner 174—175 ab Bahn und frei Wagen bez., ver diesen Monat — ver April-Mai 159 bis 166,75—157,25—157 bez., p. Mai-Juni 160—157,5—158 bez., p. Juni-Juli 160,5—158—158,5 bez.

Mais per 1000 Kilo. Loto still. Termine still. Gefündigt — To. Kündigungspreis — Mt. Loto 135—146 Mt. nach Qual. ver diesen Monat — Mt. ver Febr.-März — ver April-Mai 119 bez., ver Mai-Juni —, ver Juni-Juli —, ver Juli-Aug. — Erbsen p. 1000 Kilo. Kochware 190—240 Mt., Futterware 169—177 Mt. nach Qualität.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine höher. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — Mt. er diesen Monat 30,1 Mt. ver Febr.-März —, ver April-Mai 29,7—29,8—29,45 bez., p. Mai-Juni 29,4—29—29,15 bez., p. Juni-Juli 29,05—28,7—28,8 bez., ver Juli-August —.

Rüböl p. 1100 Kilo mit Jak. Meng verändert. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loto mit Jak. 57,5 bez., loto ohne Jak — Mt. ver diesen Monat —, ver Februar-März —, p. März-April —, ver April-Mai 55,9—56,1—56 bez., p. Mai-Juni —, p. Sept.-Okt. 55,7 bez.

Trockene Kartoffelfäste p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loto 33,50 Mt. — Feuchte dgl. p. loto 18,60 Mt.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loto 33,50 Mt.

Petroleum. (Raffinates Standard white) p. 100 Kilo mit Jak. in Posten von 100 Str. Termine —. Gefündigt — Mt. Kündigungspreis — Mt. Loto — Mt. p. diesen Monat — Mt. ver Febr.-März —.

Spiritus mit 50 Mt. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — — Mt. Loto ohne Jak. 65,5 bez.

Spiritus mit 70 Mt. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10,000 Str. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loto ohne Jak. 46 bez.

Spiritus mit 50 Mt. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loto mit Jak. —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 Mt. Verbrauchsabgabe. Weichend. Gefündigt Str. Kündigungspreis — Mt. Loto — Mt. ver diesen Monat — Mt. ver Febr.-März —, ver März-April —, ver April-Mai 46,9—45,4—46,6—45,9—46 bez., ver Mai-Juni 46,9 bis 46,5—46,7—46,1 bez., p. Juni-Juli 47,4—46,9—47,1—46,5 bez., p. Juli-Aug. 47,8—47,1—47,3—43,7—46,8 bez., ver August-September 48—47,3—47,6—47—47,1 bez., ver September-Oktober 45,3—44,8 bez.

Weizenmehl Nr. 00 29,25—27,25, Nr. 0 27,00—25,00 bez. keine Marken über Notiz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 30,25—29,25 bez., do. keine Marken Nr. 0 u. 1 31,25—30,25 bez., Nr. 0 1%, Mt. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1. Doll. = 4½ M. 1. Rub. = 3 M. 20 Pf. 1 fl. südd. Wösterr. = 12 M. 1 fl. W. = 2 M. 1 fl. Holl. W. I. M. 70 Rf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto-O. Wechsel v. 16 Feb.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Bankpapiere.

Eisenb.-Stamm-Aktien.

Eisenb.-Stamm-Aktien.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Hypotheken-Certifikate.

Industrie-Papiere.

Rentenbriefe

Renten

Brnsch. 20. T.L.	—	105,40 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	168,80 B.
Dess. Präm.-A.	3½	139,70 G.
Ham.	3	20,40 G.
Löb.	50 T.-L.	3½
Mein. 7.Guld.-L.	—	27,50 G.
Oldenb. Loose	3	19,50 br. n.

Ausl